

USA: Adventisten begrüßen neues Gesetz zur Förderung internationaler Religionsfreiheit

Wie die Kommunikationsabteilung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten (*Adventist News Network, ANN*) mitteilte, unterzeichnete Präsident Obama den Gesetzesentwurf am 16. Dezember nach einem fünfjährigen Verfahren, welches das Gesetz unter der Bezeichnung „Frank R. Wolf International Religious Freedom Act“ durchlaufen hatte. Das Gesetz ist nach dem ehemaligen US-Kongressabgeordneten Frank Wolf benannt, der sich über 20 Jahre lang für den Schutz religiöser Minderheiten auf der ganzen Welt eingesetzt hatte.

Laut ANN stärke das neue Gesetz das Gewicht von Fragen der Religionsfreiheit innerhalb der US-amerikanischen Außenpolitik. So sei ein Training bezüglich Religionsfreiheit für alle Diplomaten vorgeschrieben, ebenso die weltweite Beobachtung religiöser Unterdrückung. Auch werde die Bedeutung des Sonderbotschafters für internationale Religionsfreiheit erhöht.

Reaktion der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Dr. Ganoune Diop, Abteilungsleiter der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (PARL), wies darauf hin, dass es ein Grundanliegen von PARL sei, solche Gesetzgebung zu fördern. Dies sei Teil des über 150-jährigen Einsatzes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Religionsfreiheit als ein grundlegendes Menschenrecht voranzubringen.

„Als Adventisten glauben wir, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Wohnort das Recht hat, nach seinem Gewissen

Gottesdienst zu feiern oder eben auch nicht“, so Dwayne Leslie, stellvertretender Abteilungsleiter von PARL.

Rainer Geschke verlässt Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“

Ohne Veränderung keine Bewegung

„Es ist Zeit für Veränderung“, so Rainer Geschke. „Leben ist Bewegung. Bewegung ist Veränderung. Nur wer etwas verändert, kann auch etwas bewegen!“ Im März 2002 nahm er, damals noch in Darmstadt, seine Tätigkeit als Rechnungsführer bei der „Stimme der Hoffnung“ auf und wurde 2010 zum stellvertretenden Geschäftsführer berufen.

Radio und TV mit 24-Stunden-Programmen

In dieser Zeit hat sich das Medienzentrum stark weiterentwickelt. Von 2004 bis 2006 wurde das neue Funkhaus in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt geplant und gebaut. Es folgte die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb, und der Internetbereich entwickelte sich. Im Jahr 2008 erhielt das Medienzentrum die Radio-Sendelizenz. Die seit 1948 unter dem Namen „Stimme der Hoffnung“ beziehungsweise „Adventist World Radio“ durchgeführte Radio-Arbeit wurde nun als „Hope Channel Radio“ auf ein 24-Stunden-Programm ausgeweitet. 2009 folgte der Erwerb der Fernsehlizenz und der Start von „Hope Channel Fernsehen“, ebenfalls mit 24-Stunden-Programm.

Zum nunmehr europäischen Medienzentrum der Freikirche der

Siebenten-Tags-Adventisten gehören, neben „Hope Channel“ Radio und Fernsehen, die Internet- und EDV-Dienstleistungen sowie die Audio- und Video-Produktionen „Adventist Media Services“, die Blindenhörbücherei, das „Hope Bibelstudien-Institut“, ein christlicher Medienshop sowie die Bildagentur „ChurchPhoto“. Weitere Informationen unter www.stimme-der-hoffnung.de

Groß denken auch bei kleinen Anfängen

„Rainer Geschke hat entscheidend die Entwicklung des Medienzentrums mitgestaltet“, betonte der Geschäftsführer der „Stimme der Hoffnung“, Klaus Popa. Sein Motto sei stets gewesen: „Denke so groß, wie möglich, und fange so klein an, wie nötig.“ Geschke habe immer dazu ermutigt, sich nicht von Umständen einschränken zu lassen. „Sein Wunsch war stets, dass Menschen erfahren und erleben, dass Gott gütig ist und sie liebt.“

Ab dem 1.1.2017 wird Rainer Geschke seine neue Tätigkeit als Chefbuchhalter der Zusatzversorgungskasse und Immobilienverwaltung für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland in Hamburg antreten.

Weltfriedenstag 2017: „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“

Gewalt ist immer ein Übel

„Die christliche Botschaft ist von allem Anfang an gewaltkritisch gewesen, auch wenn kirchliche Verkündigung und

Praxis diesen Impuls Jesu nicht zu allen Zeiten genügend wirksam gemacht haben mögen“, so der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in seinem Geleitwort. Gewalt, selbst wenn sie von ihren Zielen her gerechtfertigt sei beziehungsweise als „ultima ratio“ möglicherweise unumgänglich erscheine, stelle stets ein Übel dar. „Denn über Zerstörung und Tod hinaus prägt sie die Einzelnen wie die Völker auf lange Frist“, so der Kardinal. „Und gerade so gebiert Gewalt immer neue Gewalt. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist das Ziel und das Programm einer Politik der Gewaltfreiheit.“ Auf allen Ebenen, im lokalen, nationalen und globalen Kontext, sei eine solche Politik deshalb gefordert. Es gehe darum, die Gewaltverhältnisse und die ungerechten Strukturen, die Gewalt hervorrufen können, Schritt für Schritt und immer neu auszutrocknen.

Gewaltfreie Friedenspolitik

Mehrere Beispiele für Gewaltlosigkeit als politische Praxis werden in der Arbeitshilfe vorgestellt. So beschreibt der Generalsekretär der Gemeinschaft Sant'Egidio mit Sitz in Rom, Dr. Cesare Zucconi, wie seine Organisation in verschiedenen Krisen- und Kriegsgebieten über viele Jahre hinweg „mit Geduld und Diskretion Beziehungen zu verschiedenen Akteuren des öffentlichen Lebens“ aufgebaut hat. Beispielsweise habe Sant'Egidio nach Einschätzung vieler Experten in Mosambik einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Friedensvertrages gehabt, durch den ein 15-jähriger Bürgerkrieg beendet werden konnte. Winfried Nachtwei, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages und Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, beschreibt zivile Konfliktbearbeitung als einen elementaren Baustein deutscher Friedenspolitik. Die Wirkung eines solchen Bausteins im Kontext christlicher Entwicklungszusammenarbeit wird von Sandra Koch, die derzeit als Fachkraft im „Zivilen Friedensdienst“ in Sierra Leone aktiv ist, mit einem Bericht aus ihrer Praxis veranschaulicht.

Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte

In einem kirchen- und zeitgeschichtlichen Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre zeichnet Professor Dr. Ulrich Ruh, Theologische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Grundlinien und Entwicklungen des kirchlichen Friedensdenkens seit der Einführung des Welttags des Friedens durch Papst Paul VI. nach. Er stellt dabei auch die Bedeutung der großen Friedensschriften der katholischen deutschen und US-amerikanischen Bischöfe aus den Jahren 1983 und 2000 für die internationale Debatte heraus. Der Sozialethiker Professor Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, erläutert die Bedeutung von Instrumenten der Gewaltlosigkeit für die Überwindung struktureller Gewalt. Bischof Dr. Stephan Ackermann (Trier), Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, beschreibt das Verhältnis zwischen Gewaltprävention und Achtung der Menschenrechte. Er macht deutlich, wie sehr es „in unserem Interesse liegt, die Kraft des Rechts, die Orientierung an Menschenrechten und Menschenwürde als große Leistung anzuerkennen, die nicht zuletzt Voraussetzung dafür ist, Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt zu lösen“.

Durch interreligiöse Zusammenarbeit zum Frieden

Ausgehend von der alttestamentlichen Geschichte von Kain und Abel erläutert Professorin Dr. Ilse Müllner, Institut für Katholische Theologie der Universität Kassel, in einem bibeltheologischen Beitrag Gewaltunterbrechung als biblischen Weg zum Frieden. Texte aus Beirut und Jerusalem zur interreligiösen Zusammenarbeit als notwendige Bedingung für den Frieden regen zum Nachdenken über den Umgang zwischen Menschen verschiedener Religionszugehörigkeiten an. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Dr. Thomas Sternberg, Katholisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, reflektiert in seinem Beitrag die Handhabung von Proteststimmungen in der deutschen Politik. Daneben bietet die Arbeitshilfe auch Anregungen für Gottesdienste und

Gebetsstunden.

Die Arbeitshilfe Nr. 291 „Gewaltlosigkeit – Stil einer Politik für den Frieden“ kann als pdf-Datei heruntergeladen werden unter:

http://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=25848&dl_media=25225

Spanien: Adventistische Studentin erhält Umweltpreis

Für ihre Forschung über die „Auswirkungen von kontrolliertem Verbrennen auf physikalische, chemische und mikrobiologischen Aspekte von Erdboden“ wurde Pereira in Spanien ausgezeichnet. Der Preis sei die Initiative einer internationalen Stiftung zur Erforschung von Feuerökologie und Feuermanagement, teilte die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa mit Sitz in Bern (EUDNews) mit. „Ich war überrascht und fühle mich zugleich sehr geehrt“, sagte Pereira. Jede Sekunde im Labor und in der Feldforschung habe sich gelohnt. Janielle Pereira ist Mitglied der Freikirche Siebenten-Tags-Adventisten in Santo Antônio, Brasilien.

Im Rahmen des brasilianischen Regierungsprogramms „Wissenschaft ohne Grenzen“, zeigte Pereira bei der Vorstellung ihres Projekts in Spanien auf, wie organisches Material durch Brände verloren geht. Ihre Studie weise auf die Schäden durch Brände hin, die nicht nur die Biodiversität und das Ökosystem betreffen, sondern auch die Bodenerosion

erhöhen, die Luftqualität mindern, sowie andere ökologische Schäden verursachen. In Brasilien ist es laut EUDNews immer noch üblich, den Boden durch Brände für den Anbau vorzubereiten. Die Studie biete Anlass, diese Praxis zu überdenken.

Adventisten verurteilen Gewalttat in Berlin

„Mit Entsetzen und Trauer haben wir gestern Abend die Nachricht vom Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin aufgenommen. Heute müssen wir uns der grausamen Realität stellen. Wir leiden mit den Angehörigen der Opfer und beten für sie. Wir bangen mit den Verletzten und bitten Gott um Stärke und Weisheit für alle, die sich ihrer annehmen“, so Pastor Scholz.

„Mit Entschiedenheit distanzieren wir uns von denen, die diese schreckliche Tat dazu benutzen, gegen Menschen zu hetzen, die als Schutzsuchende in unser Land gekommen sind“, teilte der Kirchenleiter mit. „Stattdessen wollen wir uns von dem Wort des Apostels Paulus leiten lassen: ‚Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.‘ (Römer 12, 21). Das Kommen Gottes in die Welt, das Christen zu Weihnachten feiern, begründet unsere Hoffnung, dass Terror und Gewalt nicht das letzte Wort haben werden. Dieser Hoffnung mit Worten und Taten Raum zu geben, ist das Gebot der Stunde.“

**Aktionsbündnis „Gemeinsam für Flüchtlinge“ und Advent-
Wohlfahrtswerk**

Auch der Leiter des Aktionsbündnisses der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten „Gemeinsam für Flüchtlinge“, Pastor Michael Götz, verurteilte „diese entsetzliche, sinnlose Tat auf das Schärfste.“ „Wir trauern mit den Menschen, die den Verlust ihrer Angehörigen beklagen müssen. In unseren Gedanken und mit unseren Gebeten sind wir bei allen, die durch diesen Anschlag verletzt worden sind und um ihr Leben ringen. Wir danken Rettungskräften und Polizei für den professionellen Einsatz und wünschen ihnen Kraft und Besonnenheit für ihren verantwortungsvollen Dienst“, so Götz in einer Stellungnahme des Aktionsbündnisses.

„Fassungslos müssen wir hinnehmen, wie mitten in das Leben und die Freude auf das bevorstehende Weihnachtsfest als Feier des göttlichen Lichtes und des geschenkten Lebens die Dunkelheit des Bösen und teuflischer Hass einbrechen“, teilte Pastor Lothar Scheel, Bundesgeschäftsführer des Wohlfahrtswerkes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, mit. „Aber anstatt Hass mit Hass zu beantworten und Gewalt mit Gewalt, hören wir nicht auf, Lichter gegen die Dunkelheit anzuzünden“, so Scheel. „Wir trauern um die Opfer und hoffen für die Verletzten auf baldige Genesung. Ihnen sowie ihren Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Wir wünschen Ihnen über allen Schmerz, über Trauer und Wut hinweg Kraft und Zuversicht.“

Krankenhaus Waldfriede in vorsorglicher Alarmbereitschaft

Da am 19. Dezember um 20:40 Uhr die Vorkatastrophenwarnung vom Senat Berlin ausgelöst wurde, sei auch das adventistische Krankenhaus Waldfriede als Notfallkrankenhaus in Alarmbereitschaft gewesen, teilte Vorstand und Geschäftsführer Bernd Quoß mit. Um 22.00 Uhr sei zusätzlich noch eine Terrorwarnung dazu gekommen.

Alle Ärzte, Pfleger, Funktionspersonal und sonstige Mitarbeiter wären zu diesem Zeitpunkt schon in der Lage gewesen, die ersten Opfer zu versorgen, so Quoß. Zahlreiche Mitarbeiter hätten sich freiwillig von zu Hause aus gemeldet,

ob sie den Dienst aufnehmen sollten, da keiner zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Gewalt kannte.

Da Waldfriede aber nicht im unmittelbaren Umfeld des Anschlages liege und die Verletzten durch nahegelegene Krankenhäuser versorgt werden konnten, musste kein Patient in Waldfriede aufgenommen werden, berichtete Quoß.

Veranstaltungen von Adventgemeinden in Berlin

Morgen, am 21. Dezember, um 17.30 Uhr, lädt die Adventgemeinde Berlin-Lichtenberg, Pfarrstraße 132, zu einem Gedenk- und Fürbittgottesdienst ein. Der Abend steht unter dem Leitmotiv „Der Kriegsbogen soll zerbrochen werden, denn er wird Frieden gebieten den Völkern“ (Sacharja 9,10).

Am Donnerstag, den 22. Dezember um 19:00 Uhr lädt die Adventgemeinde Berlin-Spandau, Tiefwerder Weg 5-7, zu einem Gedenk- und Fürbittgottesdienst ein.

Kolumbien: 600 Fahrräder für Schüler aus bedürftigen Familien

Die Initiative „Räder für Bildung“ habe ihre Jahresaktion in einer der von Trockenheit am meisten betroffenen Regionen in Nordkolumbien mit der Übergabe der Fahrräder abgeschlossen, teilte die nordamerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) mit.

„Diese Aktion hat große Auswirkungen in dieser bedürftigen

Kommune gehabt“, sagte Mauricio Buitrago, Jugendabteilungsleiter der Adventisten in Nordkolumbien. Viele der Kinder dort hätten täglich einen Schulweg von drei bis vier Stunden Fußweg auf Naturstraßen bei Wüsten-Klima.

Mehr als 100 Freiwillige, darunter viele Helfer von der Colombia Adventist University, Medellin, und Kirchenmitglieder hätten gut erhaltene Fahrräder gesammelt, repariert und lackiert. Die Initiative „Räder für Bildung“ habe dabei mit dem Sozialdepartement von Uribia zusammengearbeitet.

„Wir sind Gott sehr dankbar für diese hervorragende Initiative der adventistischen Kirche“, sagte Jaineth Daza, eine Leiterin der Sozialarbeit in Uribia. Es gäbe viele Kinder, die keinen Zugang zu Bildung hätten, weil sie über kein entsprechendes Transportmittel verfügten.

Adventisten in Kolumbien

In Kolumbien, mit knapp 49 Millionen Einwohnern, leben rund 250.000 Adventisten, die durch Glaubenstaufe Mitglieder der Kirche wurden. Sie feiern am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, in 1.586 Kirchengemeinden ihren Gottesdienst, unterhalten 27 Grund- und 23 Sekundarschulen, eine Universität, zwei Altersheime und drei Gesundkostfabriken.

Eigentümerwechsel bei adventistischer Verlagsgruppe

in Lüneburg

Am 14. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Geschäftsanteile der Saatkorn-Verlag GmbH an die überregionalen Kirchenleitungen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Süddeutschland (Norddeutscher und Süddeutscher Verband) zu jeweils gleichen Teilen besiegelt.

Ab 1.1.2017 gehört die Verlagsgruppe der Freikirche nun auch rechtlich zu dem Gebiet, in dem sie hauptsächlich tätig ist. Durch die Angliederung an die Freikirche in Deutschland ist eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Verlag und der Freikirche möglich.

Saatkorn-Verlagsgruppe Lüneburg

Zur Saatkorn-Verlagsgruppe mit Sitz in Lüneburg gehören der Advent-Verlag in Lüneburg, der Wartberg Verlag in Gudensberg (bei Kassel) und die Christa Medien GmbH. Im Jahre 1895 in Hamburg gegründet, hat der Saatkorn-Verlag eine mehr als 120-jährige Tradition. Im Jahr 1994 hat der Verlag sein historisches Domizil in Hamburg verlassen und ist nach Lüneburg gezogen. Die Verlagsgruppe hat insgesamt etwa 30 Beschäftigte.

Advent-Verlag

Der Advent-Verlag (www.advent-verlag.de) ist der Verlag der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Er gibt Bücher zu folgenden Themengebieten heraus: Orientierung und Lebenshilfe, Erzählungen, Bücher zur Bibel und Theologie. Um die kontinuierliche Herausgabe neuer Bücher zu gewährleisten, wurde 1995 der „Leserkreis Advent-Verlag“ gegründet. Außerdem erscheint dort das *Studienheft zur Bibel*, die Kirchenzeitschrift *Adventisten heute*, die Zeitschrift *Zeichen der Zeit* mit christlichen Inhalten von allgemeinem Interesse und demnächst das neue christliche Magazin *present*.

Wartberg Verlag

Der Wartberg Verlag (www.wartberg-verlag.de) wurde 1984 gegründet als Regionalverlag mit historischen Bildbänden zu lokalen und stadtgeschichtlichen Themen. Er verkauft auch nach Frankreich und Österreich. Mit Buchreihen wie historischen Städtebildbänden, regionalen Farbbildbänden, Freizeitführern und historischen Büchern zu Regionalthemen im gesamten Bundesgebiet, gehört der Wartberg Verlag seit der Jahrtausendwende zur Saatkorn-Verlagsgruppe. Er veröffentlicht jährlich mindestens 100 Neuerscheinungen.

Christa Medien GmbH

Die Christa Medien GmbH (www.christa-medien.eu) vertreibt russischsprachige christliche Literatur in Deutschland. Zum Programm gehören neben Buchklassikern wie Bibeln, einem jährlich erscheinenden Andachtsbuch und einer breiten Palette an allgemeiner christlicher Literatur vor allem Studienhefte zur Bibel und eine missionarisch ausgerichtete Zeitung.

UNO - Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit trifft adventistischen Repräsentanten bei der UNO

Ahmed Shaheed (52) war bisheriger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran und früherer Außenminister der Malediven. Er löste dieses Jahr den Theologen, Philosophen und Historiker Heiner Bielefeldt als UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ab. Dieser hatte die

Aufgabe 2010 übernommen.

„Ich habe Dr. Shaheeds Arbeit als Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran verfolgt und mir ist sein leidenschaftliches Engagement für die Verteidigung der Wehrlosen und für jene, die keine Stimme haben, sofort aufgefallen“, sagte Dr. Nelu Burcea. Dieser Eindruck habe sich beim Gespräch mit Shaheed bestätigt. Er begrüße die Möglichkeit mit Shaheed zusammenzuarbeiten, „um die erstrangige Freiheit zu fördern – die Freiheit, gemäß dem eigenem Gewissen glauben und anbeten zu können“, so Burcea.

Er habe Ahmed Shaheed das weltweite Wirken der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten vorgestellt. Ebenso den rund 150-jährigen Einsatz der Kirche, die Religionsfreiheit für alle Menschen zu verteidigen. Gemeinsam hätten sie auch die Herausforderungen für das Anliegen der Religionsfreiheit in verschiedenen Weltgegenden besprochen.

Der Rumäne Nelu Burcea repräsentiert die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten bei der UNO. Er nimmt regelmäßig an Sitzungen des UNO-Menschenrechtsrats in New York City/USA und in Genf/Schweiz teil. Es sei seine Aufgabe, die adventistische Kirche auf der internationalen Bühne bekannt zu machen sowie gute Beziehungen mit jenen aufzubauen, welche die Ziele der Kirche in Bereichen wie Menschenrechte und humanitärer Versorgung teilten, schreibt ANN.

Menschenrechtsblogger eröffnen in Osteuropa länderübergreifende Plattform

Der Anlass für den neuen Menschenrechtsblog seien die gewaltigen Umwälzungen, die vor 25 Jahren Osteuropa erschütterten, so IGFM. Am 8.12.1991 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands den sogenannten Vertrag von Minsk, in dem die Auflösung der Sowjetunion festgehalten wurde. Die Altlasten von 70 Jahren kommunistischer Diktatur wirkten bis heute nach, erläutert die IGFM. Frühere Funktionäre der Kommunistischen Partei behielten in den Nachfolgestaaten die Macht. Einzelnen sei es gelungen, sich unrechtmäßig große Teile des staatlichen Vermögens anzueignen. Das Fundament für das Fortbestehen von Korruption und Willkür sei damit gelegt worden.

Die Hoffnung, dass diese Probleme doch noch überwunden werden könnten, ruhe laut der Menschenrechtsorganisation auf der jungen Generation. Das Internet sei gegenwärtig „die einzige ökologische Nische der Meinungsfreiheit“ und daher der einzige Boden, auf dem sich die Zivilgesellschaften Osteuropas entwickeln könnten, so die IGFM.

Zur länderübergreifenden Plattform für Menschenrechte, die News auf Deutsch, Englisch und Russisch publiziert:
www.humanrights-online.org

Kroatien: Adventistischer Pastor erhält Menschenrechtspreis 2016

Dr. Matak ist adventistischer Pastor, Theologe und Generalsekretär der kroatischen Gesellschaft für Religionsfreiheit. Im Sommer 2016 war Matak Teil einer Delegation von Kirchenvertretern aus Kroatien, die die religiösen und politischen Führungskräfte im Iran besuchten. In seiner Dankesrede betonte Matak die Notwendigkeit persönlicher moralischer Pflichten um menschliche Freiheit und Religionsfreiheit zu erlangen, so tedNEWS.

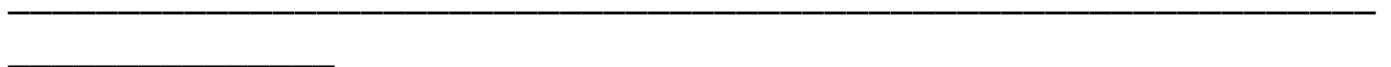
Neben Matak wurden noch zwei weitere Personen gewürdigt: Dr. Dubravka Šimonovic, Sonderberichterstatteerin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen, sowie der Journalist Dr. Inoslav Bešker.

Kroatisches Helsinki Komitee

Das verleihende Komitee wurde im März 1993 gegründet, um die Menschenrechte in Kroatien zu schützen und zu fördern. Zuerst Teil der Internationalen Helsinki Föderation wurde das Komitee schließlich im April 2003 als lokale Nicht-Regierungs-Organisation unter kroatischem Gesetz anerkannt.

Adventisten in Kroatien

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten umfasst in Kroatien bei rund 4,2 Mio. Einwohnern 2.779 erwachsen getaufte Mitglieder, die samstags (am Sabbat) in 84 Kirchengemeinden Gottesdienst feiern.



Schutz der Religionsfreiheit „politische Notwendigkeit“

„Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, dennoch ist sie weltweit gefährdet. Insbesondere die Lage von Christen hat sich 2016 in vielen Ländern noch einmal verschärft. Sie schützen ist eine politische Notwendigkeit“, betonte der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz beim Deutschen Bundestag, Uwe Heimowski. Am 14. Dezember übergab Heimowski die Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags.

Jahrbücher „Religionsfreiheit 2016“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“

Das Jahrbuch „Religionsfreiheit 2016“ enthält Beiträge von Angela Merkel, Volker Kauder, Annette Schawan und Heiner Bielefeldt, dazu Beiträge von Aleviten, Jesiden und Bahai. Das Jahrbuch „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2016“ geht auf die Situation religiöser Minderheiten in deutschen Flüchtlingsunterkünften ein und behandelt als besonderen Schwerpunkt die Länder China, Irak, Iran, Indonesien und Türkei.

Die Jahrbücher werden jährlich von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, dem Internationalen Institut für Religionsfreiheit und den Religionsfreiheitsarbeitskreisen der drei deutschsprachigen Allianzen, der Deutschen Evangelischen Allianz, der Schweizerischen Evangelischen Allianz und der Österreichischen Evangelischen Allianz von Thomas Schirmacher, Max Klingberg und Ron Kubsch herausgegeben.

Die beiden als Wendebuch zusammengebundenen Jahrbücher erschienen am 8. Dezember im Buchhandel. Beide Jahrbücher werden zum Download zur Verfügung gestellt unter: <https://www.bucer.de/institute/iirf.html>

47 neue Studierende in Friedensau im Wintersemester 2016

Fachbereich Theologie

Im Wintersemester 2016/2017 studieren 200 Studierende an der Hochschule. Das Semester begann mit 10 Studierenden mehr als im Vorjahr. 51 Personen sind im Fachbereich Theologie eingeschrieben, 24 davon in einem der zwei Masterprogramme „Master of Arts Theologie“ (M.A. – vier Semester) oder „Master of Arts Theological Studies“ (M.T.S. – englischsprachig, vier Semester). 2016 gab es hier sieben Neuzugänge.

Fachbereich Sozialwesen

Der Fachbereich Christliches Sozialwesen verzeichnet 125 Studierende, davon sind 88 Studierende in einem der vier Masterprogramme eingetragen: „Master of Arts Counseling/Beratung“ (M.A. – vier Semester), „Master of Arts International Social Sciences“ (M.A. – englischsprachig vier Semester), „Master of Arts Sozial- und Gesundheitsmanagement“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester) und „Master of Arts Musiktherapie“ (M.A. – berufsbegleitend sechs Semester).

Hohe Integration ausländischer Studierender

Den Studienvorbereitungskurs „Deutsch für Ausländer“ belegen 24 Studierende. An der Hochschule studieren momentan 93 ausländische Studierende aus 34 Ländern mit Herkunftsstaaten wie Bangladesch, China, Myanmar und Simbabwe. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 47 Prozent. Bereits 2010 hatte die Theologische Hochschule den Integrationspreis der Landesrektorenkonferenz erhalten. Die jährlich vergebene Auszeichnung würdigt Bemühungen um die Integration von ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern. Die Landesrektorenkonferenz ist ein Gremium der zehn staatlichen und privaten Hochschulen und Universitäten Sachsen-Anhalts.

Die Theologische Hochschule Friedensau befindet sich in Trägerschaft der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie wurde 1899 gegründet und erhielt 1990 die staatliche Anerkennung. Weitere Informationen: www.thh-friedensau.de

USA: Adventist zum Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung nominiert

„Ben Carson hat einen brillanten Geist und ist leidenschaftlich daran interessiert, Gemeinden und Familien in diesen Gemeinden zu stärken“, wird der designierte US-Präsident Trump laut Mitteilung der adventistischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR) zitiert. „Wir haben ausgiebig über meine Agenda zur Städteerneuerung gesprochen“. „Ben teilt meinen Optimismus in Bezug auf die Zukunft unseres

Landes“. „Er ist ein harter Wettkämpfer, der niemals aufgibt“, so Trump.

Aufgabenbereiche

„Ich denke, dass ich einen entscheidenden Beitrag liefern kann, speziell durch die Stärkung von Gemeinden, die am meisten Unterstützung brauchen. Wir haben viel Arbeit damit, jeden Bereich unserer Nation zu verbessern und sicher zu stellen, dass der Wohnbedarf gedeckt wird“, so Ben Carson nach AR. Das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung wurde 1965 gegründet und kümmert sich um Wohnbedarf, gerechte Wohnungsbaugesetze sowie darum, dass örtliche Gemeinden in den USA verbessert und gefördert werden. Das Ministerium verfügt laut AR über einem jährlichen Etat von 48 Milliarden US-Dollar (rund 45 Milliarden Euro).

Zur Person

Der Neurochirurg Ben Carson ist Afroamerikaner und leitete bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2013 die Abteilung für Pädiatrische Neurochirurgie am Johns Hopkins Krankenhaus in Baltimore. Carson ist in Detroit, Michigan, geboren und aufgewachsen. Er nahm 2015 eine Zeit lang am Auswahlverfahren der Republikaner zur US-Präsidentschaftskandidatur teil.

In seiner Autobiographie „Begnadete Hände“ berichtet er von seiner Kindheit in Armut, die er erfolgreich durch Bildung und großen persönlichen Einsatz hinter sich ließ. 1987 gewann Carson durch die Trennung von siamesischen Zwillingen, die am Hinterkopf zusammengewachsen waren, weltweite Reputation. Seitdem verliehen ihm mehr als 60 Universitäten die Ehrendoktorwürde. 2008 bekam Carson vom damaligen US-Präsident George W. Bush für sein Lebenswerk die „Medal of Freedom“ überreicht, die höchste zivile Auszeichnung der USA. Carson ist verheiratet mit Candy und Vater von drei Kindern. Er ist Mitglied der Spencerville-Adventgemeinde in Silver Spring, Maryland, USA.

Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten tritt für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ein. Bereits im Laufe des Vorwahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen in den USA hatte auch die Kirchenleitung in Deutschland eine Erklärung zur „Kandidatur für politische Ämter“ abgegeben. Darin heißt es: „Personen, die für politische Wahlämter kandidieren, werden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten darin weder unterstützt, noch gehindert.“ „Persönliche oder religiöse Äußerungen von Kandidierenden im Rahmen des Wahlkampfes werden von der Kirche als deren Meinung eingestuft und nicht kommentiert. Derartige Äußerungen sind nicht mit den Glaubensartikeln oder Auffassungen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gleich zu setzen.“

Neuer Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz

Der 60-jährige Ekkehart Vetter war in den letzten fünf Jahren schon als 2. Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz auch Stellvertreter von Michael Diener. Dem leitenden Geschäftsführenden Vorstand gehört er seit 2008 an; der als Hauptvorstand bezeichneten DEA-Mitgliederversammlung seit 2004. Vetter ist im Hauptamt seit 23 Jahren leitender Gemeindepastor der Ursprungsgemeinde des 1909 gegründeten Verbands in Mülheim/Ruhr. Im Nebenamt leitet er seit 2003 als Präses den freikirchlichen Verband, zu dem derzeit 43 Gemeinden in Deutschland mit rund 4.700 Gemeindemitgliedern

gehören. Ekkehart Vetter ist mit der Theologin und Gemeindereferentin Sabine Vetter verheiratet. Sie haben sechs Kinder und zehn Enkelkinder.

Ein Ehrenamt zu viel

Vetter folgt dem 54-jährigen Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, Dr. Michael Diener, Kassel, der sein Amt ein Jahr vor Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode zur Verfügung stellt. Seinen Rücktritt hatte er bereits am 1. März 2016 öffentlich bekannt gegeben, nachdem er im Spätherbst 2015 durch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in deren Leitungsgremium, den Rat der EKD, gewählt wurde. Das mit hohem zeitlichem Aufwand verbundene ehrenamtliche Mandat führt Diener neben seinem Hauptamt und einer Vielzahl an weiteren Ehrenämtern in christlichen Werken und Verbänden. Daneben lasse sich aber nicht auch noch der Vorsitz der Deutschen Evangelischen Allianz wahrnehmen, so Diener. Das sei ihm schon vor der Wahl in den Rat der EKD deutlich gewesen.

Die Wahl eines Nachfolgers für Ekkehart Vetter als 2. Vorsitzender der DEA ist für die Frühjahrssitzung 2017 vorgesehen.

Deutsche Evangelische Allianz

Die DEA versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Als hauptamtlicher Generalsekretär amtiert seit 1. April 1988 Hartmut Steeb, Stuttgart. Der Sitz und die Geschäftsstelle der Deutschen Evangelischen Allianz befinden sich Bad Blankenburg/Thüringen, wo die Bewegung auch das Tagungszentrum „Evangelisches Allianzhaus“ unterhält.

Schweiz: Über 400 bei Flashmob für verfolgte Christen

Auf die Straße in Bern, Genf und Zürich gingen die Teilnehmenden der Aktion, weil sich die Verfolgungssituation von Christen in den vergangenen Jahren in einigen Ländern wesentlich verschärft habe, schreibt die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz in einer Medienmitteilung. Hinzu komme, dass Christen, die fliehen, in den Flüchtlingszentren der Aufnahmeländer oft Anfeindungen wegen ihres Glaubens ausgesetzt seien.

„Die Solidarität mit den verfolgten Christen ist wichtig, ebenso das öffentliche Hinweisen auf die groben Menschenrechtsverletzungen, welche diese Menschen erdulden müssen“, sagte Patrick Schäfer, Präsident des Organisationskomitees. Die Aktionen hätten mitten in der Hektik der Adventszeit einen Kontrast gebildet und seien von den Passanten mit Interesse verfolgt worden, so Schäfer.

Kein Fortschritt beim Recht auf Kriegsdienstverweigerung

in Europa

Weiterhin Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in Europa

Zwei symptomatische Beispiele für diese Beobachtung sieht Schneider in der fortgesetzten Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei und in Griechenland. Seit über einem Jahrzehnt missachte die türkische Regierung das Wegweisende Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes, welches im Januar 2006 dem Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke Recht gegeben und die Türkei dazu verurteilt hatte, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gesetzlich zu regeln. Griechenland betreffend hätten in den zurückliegenden Monaten drei internationale Menschenrechtsinstitutionen auf schwer wiegende Verletzungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hingewiesen. Trotz deutlicher Abmahnungen durch den UN-Menschenrechtsrat, den UN-Menschenrechtsausschuss und den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof bleibe die griechische Regierung untätig.

Vergleichbarer Fall, unterschiedliche Handhabung

Als bedenkliche Tendenz beklagt das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung weiterhin die unberechenbare Situation, der sich Kriegsdienstverweigerer im Asylverfahren ausgesetzt sehen. Vor Verfolgung geflohene Kriegsdienstverweigerer mit vergleichbaren Biografien würden nach Schneiders Aussage das eine Mal anerkannt, ein anderes Mal abgelehnt; je nachdem in welchem europäischen Staat sie ihren Asylantrag eingereicht hatten.

Wenige Lichtblicke

Zu den wenigen Lichtblicken des Jahres 2016 gehöre die Haftentlassung des ukrainischen Kriegsdienstverweigerers Ruslan Kotsaba, der seine Mitbürger dazu aufgerufen hatte, sich dem Brudermord im Ukraine-Konflikt zu verweigern. Nicht

zuletzt dank einer internationalen Solidaritätskampagne habe er das Gefängnis nach 18 Monaten verlassen können. Auch die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in dem von Kurden kontrollierten Kanton Cizre im Nordosten Syriens, einem Schauplatz des Kampfes mit dem IS, markiere eine positive Entwicklung gegen den vorherrschenden Trend.

Bundesregierung soll aktiv werden

Es ist nach Ansicht Schneiders ein Skandal, dass Mitgliedsstaaten des Europarats, und mit Griechenland auch der Europäischen Union, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung völkerrechtswidrig und dauerhaft verletzt, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Menschenrechtsinstitutionen, so der EBCO-Vorsitzende, werde massiv beschädigt, wenn die Umsetzung ihrer Entschließungen und Urteile nicht erreicht werden könne. Es sei deshalb wichtiger denn je, dass Nichtregierungsorganisationen und Kirchen die nationalen Regierungen an ihre internationale Verantwortung für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer erinnern. Auf dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst biete sich hier besonders für die Bundesregierung ein unterstützenswertes Politikfeld an.

Die EBCO-Studie „Kriegsdienstverweigerung in Europa 2016“ ist die derzeit aktuellste und umfassendste Veröffentlichung zum Thema. Ihr englischsprachiger Text kann im Internet unter www.ebco-beoc.org heruntergeladen werden.

Menschenrechtstag: Kirchen zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde

„Die Würde jedes Menschen ist dabei keine Frage von Selbstbestimmung, sondern geht dieser stets voraus. Weil kein Mensch seine Würde selbst garantieren kann, gilt Würdeschutz immer der und dem Anderen. Würdeschutz betrifft alle, überall auf der Welt“, so die drei Kirchen.

Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung

Die Würde der Menschen und der Kreatur könne gerade nicht gemacht, sondern müsse gelassen – zugelassen – werden. Appelle an die Menschenwürde reichten nicht aus, sondern es sei ein Umdenken angesagt, mit einem entsprechenden Handeln. „Das Ende der Unverfügbarkeit ist der Anfang der Entwürdigung“, schreiben die drei Kirchen.

Verlautbarung zum Menschenrechtstag der christ- und römisch-katholischen sowie der reformierten Kirchen der Schweiz „Zwischen Machen und Lassen“ – Zur Unverfügbarkeit der menschlichen Würde:
http://www.kirchenbund.ch/sites/default/files/media/pdf/themen/menschenrechte/MR_2016/verlautbarung_2016_d.pdf

Adventistischer Theologe zur Menschenwürde: Menschen sind wichtiger als Objekte

Im Februar 2016 sprach Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten im Einleitungsreferat auf dem UNO-„Symposium zur Rolle der Religionen und religiöser Organisationen in internationalen Angelegenheiten“ in New York/USA zur Menschenwürde im Zusammenhang mit religiös motivierter Gewalt.

Extremistische Gewalt werde auch durch eine theologische

Perspektive gefördert, die Ideen oder Gegenstände vor den Respekt und die Achtung anderer Menschen setze, sagte der aus Senegal stammende Theologe. „Menschen sind wichtiger als Kathedralen, Kirchen, Moscheen oder Schreine“, so Diop. Es gehe darum mit Unterschiedlichkeiten würdevoll umzugehen und sich um die „körperliche, emotionale und geistige Unversehrtheit jedes Menschen zu kümmern“. Adventisten hätten von ihrem theologischen Verständnis der Schöpfung einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Würde des Menschen zu leisten. Das Geschaffensein des Menschen im Bilde Gottes „gibt uns ein einzigartiges Verständnis der Einheit der menschlichen Familie“, so Diop.

Kultusfreiheit aber keine Religionsfreiheit auf der Arabischen Halbinsel

Konversion von Muslimen streng verboten

Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, wies auf die unterschiedliche Lage der Christen in den verschiedenen Staaten der Arabischen Halbinsel hin. „Grundsätzlich muss zwischen den Golfstaaten und Saudi-Arabien unterschieden werden.“ Der Jemen sei aufgrund des Krieges noch einmal eigens zu betrachten. In den Golfstaaten könnten Christen ihren Glauben relativ frei leben: „Es gibt Kultusfreiheit, aber keine Religionsfreiheit“, so Erzbischof Schick. Zur Religionsfreiheit gehöre, dass niemand wegen seines Glaubens

benachteiligt, bedrängt oder verfolgt werden darf. Alle Menschen sollten nach ihrem Glauben leben können. Auch ein Religionswechsel gehöre zur Religionsfreiheit. Doch auf der Arabischen Halbinsel seien ein aktives Werben für das Christentum oder gar die Konversion von Muslimen streng verboten und würden strafrechtlich verfolgt.

In Saudi-Arabien wären die Lebensbedingungen für Christen deutlich schlechter, betonte Erzbischof Schick. Dort dürfe nur der Islam, vorzugsweise in seiner rigoristischen wahhabitischen Auslegung, praktiziert werden. „Schon der Besitz christlicher Kultgegenstände ist verboten.“ Für die geschätzt 1,5 Millionen Christen in Saudi-Arabien gäbe es keine einzige Kirche und die Gläubigen seien gezwungen, sich heimlich in Privathäusern und Hotels zu treffen.

Arbeitsmigranten bilden die christlichen Kirchen

Den meisten Menschen in Deutschland sei nicht bekannt, dass Christen in nennenswerter Zahl auf der Arabischen Halbinsel lebten. Besonders in den Golfstaaten habe sich in den vergangenen Jahrzehnten eine lebendige Migrantenkirche entwickelt, informierte der Erzbischof. Schätzungen gingen davon aus, dass Christen in Oman bis zu vier Prozent, in Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten neun Prozent, in Kuwait zwölf Prozent und in Bahrain 15 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die Mehrheit der Christen gehöre der römisch-katholischen Kirche an. Die christlichen Kirchen auf der Arabischen Halbinsel bestünden fast ausschließlich aus Arbeitsmigranten, die sich nur für einige Jahre in der Region aufhielten. Die Mehrheit komme aus Indien und von den Philippinen. Daneben bildeten Afrikaner, Christen aus den verschiedenen arabischen Ländern und einige wenige Europäer und Amerikaner die Ortskirchen.

Heimat auf Zeit

Die Christen seien sich darüber im Klaren, dass die Arabische Halbinsel nur „Heimat auf Zeit“ sei, welche sie nach Auslaufen der jeweiligen Arbeitsverträge wieder verlassen müssten. Wie

alle Migranten lebten auch die Christen in einer Art Parallelgesellschaft, die neben den einheimischen Gesellschaften bestehe und kaum Kontakte zu Einheimischen ermögliche, so Ludwig Schick.

Trotz aller Unterschiede von Herkunft, Nationalität und Ritus bildeten die Christen in der Region aufgrund ihres Glaubens eine Gemeinschaft. Die Kirchen seien nicht nur Orte des religiösen Lebens, sie böten auch Freizeitaktivitäten und Hilfe an, den oft sehr harten Arbeitsalltag zu bestehen. „Gerade in der Fremde sind Glaube und Kirche wichtig, um den Menschen Heimat zu geben“, hob der Erzbischof hervor.

Etwa drei Millionen Christen leben auf der Arabischen Halbinsel

Der Apostolische Vikar für das südliche Arabien (Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Jemen), Bischof Paul Hinder, berichtete über die Situation vor Ort: „Schätzungen zufolge dürfte die Anzahl der ausländischen Christen auf der Arabischen Halbinsel gegenwärtig bei mindestens drei Millionen liegen. Einheimische Christen gibt es praktisch keine.“ Er erläuterte, dass die Wohnbevölkerung in den Golfstaaten zu einem großen Prozentsatz aus Ausländern bestehe. Die staatliche Haltung gegenüber den Christen schwanke von Land zu Land. „Länder wie zum Beispiel Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate oder das Sultanat Oman sind recht tolerant.“ In den Vereinigten Arabischen Emiraten existierten acht katholische Pfarreien. 50.000 Gläubige nahmen in Dubai jedes Wochenende an den Messfeiern teil. „Wir sind auf der Arabischen Halbinsel eine Kirche aus Migranten für Migranten. Unsere Vitalität hängt vom außerordentlichen religiösen Engagement der Gläubigen ab“, betonte Bischof Hinder.

Religionspolizei unterbindet Gottesdienste in Saudi-Arabien

Der Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio in Aachen, Professor Dr. Harald Suermann, ging auf die Situation der Christen in Saudi-Arabien ein. Er erklärte, dass Christen nach dem Koran eine geschützte Minderheit seien, die

das Recht habe, ihren Glauben zu leben und eigene Gotteshäuser zu unterhalten. Das werde in Saudi-Arabien jedoch eingeschränkt. „Liturgische Feiern sind dort verboten und können nur privat unter großer Gefahr vollzogen werden. Regelmäßig würden Gottesdienste von der saudischen Religionspolizei, der muttawa, durch Razzien und Verhaftungen unterbunden“, so Professor Suermann. Für viele Christen bleibe nur die Möglichkeit, über Streaming-Angebote im Internet an Gottesdiensten teilzunehmen. Er wies darauf hin, dass innerhalb des saudischen Königshauses um die zukünftige Ausrichtung des Landes gerungen werde. Einerseits gäbe es Strömungen, die sich für gesellschaftliche Reformen einsetzten, andererseits Versuche, die aktuellen Verhältnisse zu stabilisieren. Ob es für die Christen und andere religiöse Minderheiten im Land in absehbarer Zeit zu Veränderungen komme, sei im Moment noch nicht abzusehen.

Arbeitshilfe „Arabische Halbinsel“

In der Arbeitshilfe, die in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, finden sich zahlreiche Hintergrundinformationen zum Christentum in den verschiedenen Ländern der Arabischen Halbinsel. Neben einem Einführungsartikel des anglikanischen Pfarrers Andy Thompson aus Abu Dhabi, der einen Überblick über die Geschichte des Christentums in der Region vermittelt, gibt es einen aktuellen Bericht von Bischof Hinder über die Lage der Christen im Jemen. Die Situation der Arbeitsmigranten in Oman wird ebenso thematisiert wie die Frage der Religionsfreiheit in Saudi-Arabien. Ein Bericht über einen Besuch auf einem der „Kirchen-Compounds“ an einem Wochenende gibt einen Einblick in die unterschiedlichen christlichen Kirchen, Traditionen und Riten auf der Arabischen Halbinsel. Die Arbeitshilfe kann im Internet unter http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/solidaritaet-verfolgten-bedraengten-christen-unserer-zeit-arabische-halbinsel.html?info=25844&dl_media=25216 heruntergeladen werden.

Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen am zweiten Weihnachtstag

Am Gedenktag des ersten christlichen Märtyrers Stephanus, am 26. Dezember, erinnert die römisch-katholische Kirche in Deutschland seit 2012 besonders derjenigen Christen, die heute überall auf der Welt aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gebetstags für verfolgte und bedrängte Christen“ stehen besonders die Christen in Saudi-Arabien, die ihren Glauben nur im Untergrund leben können.

EU-Tagung mit religiösen Führungspersönlichkeiten

Bei der Tagung der EU-Kommission sprachen hochrangige Vertreter von Christentum, Judentum und Islam über Migration, Integration und europäische Werte. Im Gespräch mit „Radio Vatikan“ sagte Folger, bei einer solchen Debatte würden sich die religiösen Führungspersönlichkeiten gewissermaßen „in einem Echoraum“ befinden, „wo man mit Gleichgesinnten spricht“. Namentlich christliche Verantwortungsträger hätten aber darauf hingewiesen, dass in ihren jeweiligen Kirchen „auch ganz andere Meinungen“ vorhanden seien. „Es gibt einen Konsens, dass man etwas tun muss und dass die Menschenliebe im Vordergrund stehen soll, aber es gibt keinen Anspruch, dass dieser Konsens auch der Konsens auf der Straße ist“, sagte Oberrabbiner Folger.

Der jüdische Geistliche warnte vor einer kurzfristigen Strategie im Umgang mit der Flüchtlingskrise. Polizeidaten

etwa aus Deutschland und Frankreich zeigten klar, dass nicht die erste Generation, sondern Angehörige der zweiten oder dritten Generation Schwierigkeiten bei der Akzeptanz europäischer Werte hätten und straffällig würden: „Man muss aufpassen: die Integration besteht nicht nur aus der Aufnahme von neuen Flüchtlingen, aus Sprachunterricht und Versorgung mit Arbeit und Dach über dem Kopf. Erst wenn die zweite Generation gut integriert ist, kann man sagen, dass man erfolgreich ist – wenn sich die Leute mit Europa identifizieren und die demokratischen Werte Europas zu ihren eigenen gemacht haben“. Das verlange die richtigen Schritte auf beiden Seiten, von Migranten und Aufnahmeländern, so Folger.

Rechtsextremer, linksextremer und radikalmuslimischer Antisemitismus

Antisemitismus in Europa kommt heute nach den Worten des Oberrabbiners aus verschiedenen Richtungen. Folger unterschied zwischen rechtsextremem, linksextremem und radikalmuslimischem Antisemitismus, „und man soll nicht den einen Antisemitismus allein sehen und die anderen Arten vergessen“. In Papst Franziskus sieht der neue Wiener Oberrabbiner, der seit 1. September im Amt ist, einen sehr guten Verbündeten: „Wir freuen uns sehr über bestimmte Aussagen von Papst Franziskus, die wesentlich dazu beitragen, dass den Menschen bewusst wird, dass der Antisemitismus manchmal breiter ist als man öffentlich berichtet“.

Arie Folger war von 2003 bis 2008 Rabbiner der Israelitischen Gemeinde Basel (Schweiz) und arbeitete danach als Verlagsdirektor des Amerikanischen Rabbinerverbandes. Seit September 2011 war er als Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München tätig und 2015/2016 als Rabbiner im Dienst der Jüdischen Gemeinde Karlsruhe. Am 1.6.2016 trat er das Amt als Oberrabbiner in Wien an. Er wurde 1974 in Belgien geboren und absolvierte seine Ausbildung zum Rabbiner unter anderem in Wilrijk (Belgien), Gateshead (England) sowie in

Jerusalem und New York. Rabbiner Arie Folger ist verheiratet und hat sechs Kinder.
